

**Erholsame
Ferien**
wünscht die Redaktion von
„info-links“ allen Lesern!



Sommerempfang der Lichtenberger LINKEN

Andere Parteien veranstalten einen Neujahrsempfang. DIE LINKE in Lichtenberg setzt sich mit ihrem Sommerempfang bewusst von dieser tradierten Übung ab. Für ihre beliebte Veranstaltung wählt sie auch immer andere Orte im Bezirk.

Etwas war neu und einmalig für diesen Empfang: Erstmals konnten mit Gesine Löttsch und Klaus Ernst zwei Vorsitzende der Partei DIE LINKE begrüßt werden! Klaus Ernst nutzte die Gelegenheit, um sein gutes, ja herzliches Einvernehmen mit Gesine Löttsch hervorzuheben. Die Stärke der Lichtenberger LINKEN und ihre große Resonanz bei den Wählern sei Beispiel für das Wirken der LINKEN in Bayern, meinte der aus Schweinfurt stammende Politiker.

Ernst hob in seiner mehrfach von Beifall unterbrochenen kurzen Rede hervor, dass es ohne DIE LINKE keine Oppositionspartei im Bundestag geben würde. Denn auch SPD und Grüne hätten als Parteien die Weichen in Richtung Sozialraub und maßloser Finanzspekulation gestellt.

In diesem Jahr war das HOWOGE-Stadion „Hans Zoschke“ das Ziel der zahlreichen Gäs-

te. Zu den Ehrengästen gehörte selbstverständlich auch Roswitha Melchert, die Tochter von Hans Zoschke.

Die Wahl des Ortes für den diesjährigen Sommerempfang wäre nicht nur der Fußball-Weltmeisterschaft geschuldet, sondern sollte vielmehr die Wertschätzung für den Sportverein Lichtenberg 47 ausdrücken, hoben alle Politiker der Lichtenberger LINKEN wiederholt hervor. Der Verein erhielt auf dem Empfang auch den von Gesine Löttsch gestifteten Integrationspreis. Denn in seinen Reihen betätigen sich viele Kinder und Jugendliche aus Familien unterschiedlichster Herkunft. Sportvereine eben, hob Vereinsvorsitzender Frank Hammel hervor. Er verwies darauf, dass im Verein nicht nur Fußball gespielt werde. Auch Boxen, Kegeln, Gymnastik und Line-Dance könne man betreiben. Angehörige der zahlenmäßig starken Line-Dance-Gruppe des SV Lichtenberg 47 beschlossen denn auch mit einem viel beklatschten Auftritt das umfangreiche Programm des Sommerempfangs 2010.

Gesine Löttsch übergab im Laufe der Veranstaltung dem Verein „Kinder an die Macht e. V.“ zwölf Ferienplätze.

D. Salkin

Ab in den Urlaub

Von Martin Walter

Der Fußball regiert die Welt – noch bis zum 11. Juli. Bundesweit haben Hunderttausende auf Fan-Meilen das Spiel der deutschen Nationalelf gegen England verfolgt. In Berlin zählten die Veranstalter 350 000 Fans.

Bedeutend weniger Menschen protestierten unter dem Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Sie wenigstens wollen nicht länger für die Stabilisierung der Profite der Großbanken und Konzerne darben.

Auch unter diesen Demonstranten gibt es Fußball-Anhänger. Die aber wissen, dass kein noch so schönes Spiel der deutschen oder einer anderen Fußball-Elf ihre soziale Schiefelage verbessert. Punktet die deutsche Elf, gibt es weder mehr Rente, noch verschwindet Hartz-IV. Aber so ein Sieg kann für eine gewisse Zeit vergessen machen, wie dreist und mit welchem Tempo die schwarz-gelbe Regierung zum Beispiel den Sozialstaat demontiert oder Milliarden für den militärischen „Schutz“ deutscher Wirtschaftsinteressen in aller Welt ausgibt. Schon die Herrschenden in Rom hatten das Volk mit Spielen bei Laune gehalten.

Nach der Fußball-Weltmeisterschaft geht es in die Sommerpause. Wer es sich (noch) leisten kann, verreist. Andere ziehen sich auf die „Datsche“ zurück oder suchen Erholung am und auf dem Wasser oder im Wald. Familie, Kinder und Enkel beanspruchen und bekommen hoffentlich mehr Zuwendung. So kann Kraft für den Alltag getankt werden. Kraft, die auch für kommende Kämpfe in unserem Land, in unserer Stadt gebraucht wird. Gleich, ob uns ein „heißer Herbst“ bevorsteht – der Kampf gegen den schwarz-gelben Sozialraubzug wird sich verschärfen. Da werden wir dabei sein – mit neuer Kraft.

In dieser Ausgabe

- Die Geschichte der Rummelsburger Arbeitshäuser (Seite 2)
- Zur Gesundheitspolitik (Seite 3)
- Strom aus Lichtenberg? (Seite 4)
- Sozialberatung tut not (Seite 5)
- Gesine Löttsch zum Sparpaket der Bundesregierung (Seite 7)



Die Rummelsburger „Arbeitshäuser“



Von 1877 bis 1897 wurde die „Besserungsanstalt“ in Rummelsburg nach Plänen von Stadtbaurat Hermann Blankenstein errichtet. Die Größe der Anlage zeugt von der steigenden Zahl an Obdachlosen und Sozialfällen in der preußischen Hauptstadt. Das Arbeitshaus stellte aber auch einen bemerkenswerten Sozialbau der Stadtverwaltung Berlins dar, der die Anfänge einer aufklärerischen Erziehungs- und Besserungsideologie dokumentiert.

Die architekturgeschichtliche Bedeutung des Gesamtkomplexes und seine für damalige Verhältnisse moderne Einstufung dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in dieser Anstalt der Disziplinierungs- und Strafcharakter gegenüber sozialen Außenseitern im Vordergrund stand. Wer hierher kam, gehörte zum unteren Rand der Gesellschaft.

Die Anlage umfasste nach der Fertigstellung sechs dreistöckige große Gebäude für die Unterbringung von mehr als 1000 Insassen beiderlei Geschlechts, die als Corrigenden, Häuslinge und Hospitalisten bezeichnet wurden. Eingewiesen wurden Personen nach einer Strafverbüßung, aber auch Obdachlose, Bettler und Prostituierte sowie Pflegebedürftige, die kein Hospital aufnahm.

Dazu kamen Häuser und Gärten der Beamten und Angestellten des Arbeitshauses, ein Verwaltungshaus, Wirtschaftsgebäude wie Bäckerei, Wäscherei und Maschinenhaus mit Wasserturm, ein Wachhäuschen, ein Hospital, eine Leichenhalle sowie kleine Nebengebäude. Die einzelnen Abteilungen waren durch Mauern und Zäune abgetrennt. Im Zentrum

der Anstalt stand eine Kirche – die christliche Unterweisung sollte die Erziehung der hier Einsitzenden schließlich untermauern. Bald war auch diese Anstalt überfüllt.

In der NS-Zeit nutzten die Nazis das „Städtische Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Lichtenberg“ als Sammel- und Verwahrstelle für sogenannte Asoziale, um sie von dort in Konzentrationslager zu deportieren. Zu den in den KZ mit einem schwarzen Winkel gekennzeichneten Opfern zählten Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Zuhälter, arbeitsunwillige Fürsorgeempfänger, Alkoholiker, Wohnungslose, Homosexuelle, sogenannte psychisch Abwegige und „deklassierte Unterschichtfamilien“. Mit der Übertragung an die Bezirksverwaltung Lichtenberg im Jahre 1938 hieß die Anstalt „Städtisches Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Lichtenberg“.

Ab 1938 wurden auch die Insassen aus Rummelsburg, soweit sie für den Zwangsarbeitseinsatz nicht geeignet waren, mehr und mehr in Konzentrationslager deportiert. Hier verlieren sich ihre Spuren. Die Anstalt, die nach 1933 ständig mit Hunderten von Personen überbelegt war, erreichte Ende 1939 eine Belegungsstärke von teilweise über 2000 Menschen im Alter zwischen 18 und 91 Jahren. Ihre Namen und Schicksale sind heute weitgehend unbekannt und vergessen.

Von Kriegszerstörungen ist die gesamte Anlage des Rummelsburger Arbeitshauses größtenteils verschont geblieben. Einige wenige Nebengebäude von untergeordneter Bedeutung sind nicht mehr vorhanden, und

auch die Anstaltskirche im Zentrum der Anlage wurde nicht wieder aufgebaut. Von 1951 bis 1990 wurde die Anlage als Untersuchungs- und Strafvollzugsanstalt der DDR für Männer genutzt. Im Volksmund wurde die Anstalt mit Bezug auf die in den 1950er Jahren tätige Justizministerin der DDR Hilde Benjamin „Hildesheim“ genannt. Einer der letzten Gefangenen war Erich Honecker.

Das Museum Lichtenberg bereitet für den Herbst 2010 eine Ausstellung vor, die den Forschungsstand zu diesem Kapitel einer wechselvollen Geschichte zeigen wird.

Mitte der 1990er Jahre sollte das Gelände als zentraler Gerichtsstandort unter dem malerischen Namen „Gerichtsgarten“ gestaltet werden, doch die Pläne scheiterten vor allem am Widerstand der Richter, Notare und Anwaltschaften aus dem Westteil der Stadt. Zur Begründung hieß es, dass das Gelände schlecht erreichbar sei.

Nach 2000 ist von der Wasserstadt GmbH, die gemeinsam mit Investoren das Modell eines „Berlin Campus“ – Wohnen und Arbeiten am Rummelsburger See – entwickelte, der Weg der Privatisierung dieses einstmals in öffentlicher Hand befindlichen Areals beschriftet worden. In sechs ehemaligen „Verwahrungshäusern“ wurden bereits Eigentums- und Mietwohnungen mit Balkonen und Vorgärten errichtet. In die ehemalige Gefängniswäscherei zog nach dem Umbau 2008 die Kita „Die Waschbären“ ein und 2009 ein betreutes Wohnprojekt des Vereins Sozialdiakonische Jugendarbeit. Das ehemalige Lazarettgebäude wurde zum Domizil des Nachbarschaftsvereins „Wir in Rummelsburg“ und des Cafés „Männerpension“ (der gleichnamige Film wurde 1995 hier gedreht). Im Mittelpunkt steht der alte Wasserturm, um den ein gläserner Flachbau mit Läden entstanden ist. Zudem sollen im Turm auf fünf Etagen Lofts und Ateliers ausgebaut werden.

Die Geschichte des ehemaligen Städtischen Arbeitshauses soll nicht vergessen werden. In Kooperation mit dem Arbeitskreis „Marginalisierte – gestern und heute“ sowie mit dem Verein Aktives Museum werden Geschichte, Architektur sowie politische und soziale Hintergründe des Arbeitshauses weiter erforscht. Unterstützenswert sind auch Überlegungen der „Marginalisierten“, in dem an der Hauptstraße 8 gelegenen ehemaligen Verwaltungsgebäude, das sich noch in öffentlichem Eigentum befindet, unter dem Leitmotiv „Kein Mensch ist asozial“ eine Erinnerungs- und Begegnungsstätte zu schaffen.

Katrin Framke, Bezirksstadträtin für Kultur und Bürgerdienste



Gesundheitskampagne gestartet

Der Rostocker Parteitag der LINKEN fordert: „Mit Kampagnen in gesellschaftliche Debatten eingreifen.“ So lassen sich möglichst alle verfügbaren Kräfte der Partei auf ein Ziel konzentrieren und potentielle Verbündete zum gemeinsamen Handeln gegen die neoliberale Politik mobilisieren. Dies umso mehr, als nicht nur – wie beim Mindestlohn – einzelne Bereiche, sondern die bundesdeutsche Gesellschaft als Ganzes betroffen ist.

Die Absicht der Neoliberalen, die solidarische Krankenversicherung zu beseitigen und an ihrer Stelle eine einkommensunabhängige „Kopfpauschale“ einzuführen, betrifft die ganze Gesellschaft. Zu Recht hat Martina Bunge dies nach Hartz IV und der Erhöhung des Renteneinstiegsalters als den dritten großen Angriff auf den Sozialstaat bezeichnet.

Die Gesundheitskampagne will:

- „die Einführung einer Kopfpauschale als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems zusammen mit einem breiten Bündnis verhindern,
- ein breites gesellschaftliches Bündnis zur Einführung einer ... Bürgerversicherung herstellen und diese als Alternative zur Kopfpauschale auf die politische Agenda setzen,
- in regionalen und lokalen Bündnissen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Versorgung als öffentliches Gut beitragen.“

Der Parteivorstand hat dafür gesundheitspolitische Positionen erarbeitet, um die Zeit bis zum Start der Aktivitäten von Gewerkschaften und Verbänden gegen die Gesundheitsreform im Herbst für die innerparteiliche Schulungs- und Bildungsarbeit intensiv zu nutzen.

Denn die Gewerkschaften haben bereits mobilisiert. Unter dem Motto. „Köpfe gegen die Kopfpauschale“ hat sich am 27. April unter dem Dach des DGB ein Aktionsbündnis von 18 Verbänden und Organisationen (Stand 27.4.) zusammengefunden, dem mehr als 25 Millionen Mitglieder angehören. Hervorragende Persönlichkeiten wie Lea Rosh, Dieter Hildebrandt oder Friedrich Schorlemmer wirken mit. Annelie Buntenbach, Bundessekretärin des DGB, sagte bei der Konstituierung des Aktionsbündnisses: „Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich im Rahmen des Bündnisses in den Ländern, Städten und Gemeinden gemeinsam für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft gegen die Kopfpauschale zu organisieren.“ Wir selbst haben ja

bereits Unterschriften dagegen gesammelt. Offensichtlich ist es der inzwischen entstandene breite Widerstand, der die schwarz-gelbe Bundesregierung veranlasste, die Pläne des FDP-Gesundheitsministers zur Einführung einer „Kleinen Kopfpauschale“ vorerst auf Eis zu legen. Aber diese sind nicht aufgegeben. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen am 19. und 20. Juni in Berlin zur „Gesundheitsreform“ haben dies erneut bestätigt, auch wenn es jetzt Zusatzprämie (oder wie auch immer) heißt. Wir stehen also mit der Gesundheitskampagne erst am Beginn des Kampfes für eine solidarische Bürgerversicherung, worauf sich in den nächsten Wochen jeder von uns mit Sachkunde einstellen muss. Es geht hier ja um unsere ureigenste Sache und die unserer Familien.

In unserer Wahlkreisberatung am 16. Juni hatte in Hohenschönhausen Ingeborg Simon, stellvertretende Landesvorsitzende der Volkssolidarität von Berlin, informiert, und wir haben entschieden, in den nächsten Monaten die Gesundheitskampagne in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit zu stellen. Es wurde dazu bereits eine Koordinierungsgruppe zur Führung der Gesundheitskampagne in unserem Wahlkreis gebildet. Wir wollen prüfen, wie wir mit lokalen Bündnissen zusammenarbeiten können. Wir wollen auch – soweit möglich – im Territorium tätige Ärzte und Zahnärzte zur Unterstützung des Kampfes für eine solidarische Bürgerversicherung gewinnen (eventuell durch einen persönlichen Brief und Gespräche mit ihnen).

In der Partei DIE LINKE wollen wir

- uns in den nächsten Wochen in allen Basisorganisationen genauer mit Inhalten und Problematik der Gesundheitskampagne vertraut machen,
- in Familien, mit Bekannten und Verwandten sowie mit Menschen in unserer Wohn- und Arbeitsumwelt Gespräche zum Thema führen und sie nach Möglichkeit für eine solidarische Bürgerversicherung gewinnen,
- in mehreren Standaktionen im zweiten Halbjahr mit den Bürgern darüber sprechen und die zu erwartenden Informations- und Argumentationsmaterialien unserer Partei verteilen.
- Im Herbst wird entschieden, ob es notwendig, zweckmäßig und möglich ist, Steckaktionen mit Material zum Thema im Wohngebiet zu organisieren.
- Wir wollen die Einwohner zu zwei territorial verschiedenen gesundheitspolitischen Veranstaltungen mit Fachleuten einladen, in denen zugleich Fragen der medizinischen Versorgung im Ort bzw. Ortsteil erörtert werden.

Neben der weiteren Programmdiskussion wird damit in den nächsten Monaten die Organisation der Gesundheitskampagne der bestimmende Schwerpunkt unserer Arbeit werden, an der sich jedes einzelne Mitglied im ureigensten Interesse in irgendeiner Form beteiligen kann. Im Internet findet man unter www.die-linke.de/politik/gesundheitskampagne wichtige Informationen. Dr. Rolf Lämmel

Basisorganisation 211

Wie eine solidarische Versicherung funktioniert

Eine für alle – so lautet die Formel, mit der DIE LINKE die Gesundheits- und Pflegeversicherung sozial gerecht finanzieren will.

● Für alle sollen die gleichen Rechte und Pflichten gelten. Eine Last wird leichter, wenn sie von vielen Schultern getragen wird. Wir wollen, dass alle Menschen in der Bundesrepublik in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen. Wir wollen die Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen. Gute Leistungen für alle statt Zwei-Klassen-Medizin.

● Starke Schultern können und müssen mehr tragen. Um die Gesundheits- und Pflegeversicherung gerecht zu finanzieren, wollen wir alle Einkommensarten beteiligen. Längst leben viele Menschen nicht mehr nur von Arbeit, sondern auch von Kapital- und Mieterträgen. Auch diese Einkünfte

wollen wir heranziehen. Und wir wollen perspektivisch die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen, damit Solidarität nicht bei einer bestimmten Einkommenshöhe aufhört. Menschen mit geringem Einkommen können entlastet werden, wenn die Finanzierung so gestaltet wird, wie wir es fordern. Insgesamt würden zehn Prozent Beitrag für die Krankenversicherung ausreichen: fünf Prozent für die Versicherten und fünf Prozent für die Arbeitgeber. Zuzahlungen und Praxisgebühren könnten abgeschafft werden.

● Die solidarische Bürgerversicherung sorgt für eine stabile, zukunftsfähige und gerechte Finanzierung der Gesundheits- und Pflegeversicherung sowie eine medizinisch hochwertige Versorgung für alle.

Martina Bunge

(aus: „Klar“, Sommer 2010, Seite 5)



Strom aus Lichtenberg

Die Bundesregierung hat die Förderung für Erdwärmepumpen oder Solaranlagen zur Warmwassererzeugung ausgesetzt. Auch die schon verminderte Vergütung für Solarstrom wurde noch einmal gekürzt.

Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen bleibt es die Verantwortung von linker Politik, dort zu gestalten, wo die Möglichkeit dazu besteht. In Lichtenberg wollte Vattenfall das vorhandene Braunkohlekraftwerk Klingenberg durch ein Steinkohlekraftwerk ersetzen. Mit dem Engagement vieler konnte dieses verhindert werden. Nun stellt sich die Frage, wie verhält sich DIE LINKE zu den aktuellen Planungen von Vattenfall, ein großes Biomassekraftwerk und zwei mit Erdgas befeuerte Kraftwerke zu errichten. Letztere sind in der öffentlichen Debatte unumstritten. Das zeigte auch die öffentliche Fraktionsveranstaltung am 2. Juni in Karlshorst.

Fragen und Bedenken hatten die zahlreich erschienenen Bürger zu den Auswirkungen eines Biomassekraftwerks, welches ab 2019 jährlich 700 000 Tonnen Holz verbrennen soll. Umweltsenatorin Lompscher, Stadtrat Dr. Prüfer, Herr Abel vom Bürgerverein Karlshorst, Frau Scharfenberg von der ehemaligen Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk, Dr. Buttgerit von Vattenfall und die vielen Gäste diskutierten kontrovers, aber sachlich.

Für DIE LINKE kann ich festhalten: Grundsätzlich unterstützen wir den Einsatz von Biomasse. Deren Erzeugung darf aber nicht zu Lasten von Nahrungsmitteln, sozialen Rechten von Beschäftigten oder von zu schützen-

der Natur gehen. Nachhaltigkeit im Anbau ist gefragt. Natürlich muss sich ein Kraftwerksneubau in das Stadtbild einfügen. Negative Wirkungen – z. B. bei Anlieferung der Biomasse und bei den Emissionen – müssen eingeschränkt werden. Sollten jedoch diese Bedingungen erfüllt sein, besteht kein Grund, Nein zu sagen zum Einsatz der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung.

Christian Petermann, Vorsitzender der Fraktion der LINKEN in der BVV

- Zur Kraftwerksplanung: www.karlshorst-west.de; kritische Bürgerstimmen unter www.was-wir-nicht-wissen-sollen.de

Aktive Senioren

Am 9. Juni besuchten Senioren, Mieter der HOWOGE im Bereich Fennpfuhl, die Burg Storkow. Derartige Veranstaltungen erfreuen sich seit langem großer Beliebtheit. Die ursprünglich vom Mieterbeirat vorgetragene Idee, für ältere Menschen monatlich einige Stunden der Gemeinsamkeit zu organisieren, wurde von der HOWOGE dankbar aufgegriffen und im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt.

An den anfänglich als „Kaffeeklatsch“ bezeichneten Veranstaltungen nehmen ständig mehr Teilnehmer teil. Die Seniorennachmittage bieten Vorträge, es gibt Vorführungen von Schülern benachbarter Schulen, und es wurde auch schon gebastelt. Das Jahresprogramm wird gemeinsam beraten und enthält auch Erkundungsausflüge in die nähere und etwas weitere Umgebung. Den Teilnehmern gefällt es, und Fortsetzung wird gewünscht!

Anne Czihak

Spatenstich



Den Spatenstich zum Bau der Jugendfreizeitanlage „Haus der 2 Türen“ in der Gensinger Straße 56 a vollzogen Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich und der Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit, Michael Räßler-Wolff, am 21. Juni.

Ab September 2011 werden hier für Kinder und Jugendliche des Stadtteils Friedrichsfelde Nord insgesamt 125 Plätze zur Verfügung stehen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Förderprogramm Stadtumbau Ost, die Gesamtkosten betragen 1,2 Millionen Euro. *Joachim Pampel*

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Seniorenuniversität

Das Bezirksamt wird mit einem Antrag der LINKEN ersucht, nach Vorbild der Kinderuniversität Lichtenberg eine Seniorenuniversität Lichtenberg zu organisieren. Damit würde einem Wunsch nachgekommen, der auf Stadtteilkonferenzen vorgetragen worden ist.

Verdopplung

Die Mittel für die Absenkung von Bordsteinen sollen noch in diesem Jahr auf 100 000 Euro erhöht werden, fordert ein Antrag der LINKEN. Damit könnten dann 35 der als vordringlich eingestuften Maßnahmen statt bislang 9 verwirklicht werden.

Seniorenjournal

Auskünfte, Angebote, Ansprechpartner bietet das kürzlich erschienene Lichtenberger Seniorenjournal 2010. Die Broschüre ist in bezirklichen Einrichtungen kostenfrei erhältlich. Gegen Einsendung von 1,45 Euro in Briefmarken kann sie auch beim apercu Verlag, Gubener Straße 47, 10243 Berlin, bestellt werden.

Gegen Diskriminierung

Solides Handwerkszeug für den Umgang mit Diskriminierungen vermittelt die Veranstaltungsreihe „Demokratisch handeln im beruflichen Alltag“. Sie wird von der Netzwerkstelle Licht-Blicke, pad e.V. organisiert. Anmeldungen unter Telefon: 99 270 555.

Gymnasiale Lücken

Können künftig an mehr als drei Lichtenberger Sekundarschulen gymnasiale Oberstufen eingerichtet werden? Das soll das Bezirksamt auf Antrag der LINKEN prüfen. Insbesondere in Lichtenberg-Süd können gegenwärtig nicht alle Wünsche für die bevorzugten Schulen befriedigt werden.

Straßenanbindung

Ob die Genslerstraße direkt an die Landsberger Allee angebunden werden kann, prüft das Bezirksamt jetzt auf Antrag der LINKEN. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen die (verkehrs)technische Machbarkeit und die zu erwartenden Kosten.

Beratung tut not

Es gibt eigentlich nur zwei Sorten von Menschen: Diejenigen, die schon einmal Ärger mit dem JobCenter hatten, und diejenigen, die noch nie in einem waren.

Das menschenverachtende Erbe, das die Ära Schröder mit den sogenannten Hartz-Gesetzen hinterlassen hat, ist schlimm genug. Aber nicht nur das Gesetzeswerk an sich ist fatal, sondern auch, wie oft bei dessen Umsetzung die Rechte der Betroffenen missachtet werden: Sanktionen werden rechtswidrig ausgesprochen, Mieten nicht in voller Höhe gezahlt, Mehrbedarfe nicht berücksichtigt, Einkommen von Mitbewohnern rechtswidrig angerechnet, und und und ...

Die Fehler der oft unzureichend geschulten Mitarbeiter des JobCenters sind ebenso zahlreich, wie der Versuch des Widerstands hiergegen erfolgversprechend ist. Etwa jeder dritte Bescheid, gegen den im vergangenen Jahr Widerspruch eingelegt wurde, musste daraufhin verbessert werden. Bei den Klagen vor Sozialgerichten ermutigt die Erfahrung noch

mehr, den Kampf fortzuführen: Fast jeder zweiten Klage wurde zumindest teilweise stattgegeben.

Gründe genug, Entscheidungen des JobCenters und anderer Behörden nicht bloß hinzunehmen. Bescheide sind oft nur schwer verständlich formuliert, zudem kennen zu wenig Betroffene ihre tatsächlichen Rechte.

Aus diesem Grund bietet DIE LINKE in Lichtenberg den Betroffenen die Möglichkeit, sich bei ihrer Sozialrechtsberatung kompetente Hilfe zu holen. Jeweils am dritten Donnerstag eines Monats, die nächsten Male also am 15. Juli, 19. August und 16. September, wird diese kostenlose Unterstützung in der Geschäftsstelle der LINKEN angeboten. Bislang war die Resonanz auf dieses Angebot gering. Doch da die Erfahrung zeigt, dass auch in Lichtenberg zahlreiche Erwerbslose – und oft ihre Partner und Kinder mit ihnen – unter falschen Bescheiden leiden. Daher bleibt zu wünschen, dass die Zahl der Ratsuchenden zunimmt.

Denn wer kämpft, wird möglicherweise verlieren. Aber wer nicht kämpft, der hat schon verloren.

René Wenker



Auf dem Sommerfest der LINKEN auf dem Gelände der HOWOGE-Arena „Hans Zoschke“ gab Christian Petermann als Gastgeber auch beim Torwandschießen gute Vorlagen: Hier serviert er den Ball gekonnt dem späteren Sieger Konstantin Berger. Dessen fünf Schüsse auf die Torwand trafen zweimal punktgenau das Ziel. Das reichte an diesem Nachmittag für den Sieg.

Veranstaltungen

- **Sonntag, 4.7., 10 Uhr ***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Über die Eigentumsfrage im Programmentwurf der LINKEN“, mit Prof. Harry Nick
- **Montag, 5.7., 18 Uhr**
„Militär raus aus der Schule?“, Veranstaltung der BVV-Fraktion der LINKEN; Ratsaal, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Sonnabend, 10.7., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich; Treff: Straßenbahnhaltestelle Blockdammweg/Ehrlichstraße
- **Dienstag, 13.7., 17 – 19 Uhr**
Im Gespräch mit Harald Wolf, Gartenfest in der KULTschule; Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 15.7., 17 – 19 Uhr ***
Sozialrechtsberatung
- **Freitag, 30. Juli, 14 – 17 Uhr**
Sommerfest der Volkssolidarität Lichtenberg; Garten der Einbecker Straße 85, um Anmeldung wird gebeten, Eintritt 7 €
- **Freitag, 6.8., 17 Uhr**
Gedenken an den Atombombenabwurf auf Hiroshima; Glocke im Friedrichshain
- **Montag, 6.9., 19.30 Uhr**
„Rot-Rot in Brandenburg“, mit Kerstin Kaiser, MdL, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Brandenburgischen Landtag; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8 – 10

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

Friedhof der Spione

Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel hat vor einiger Zeit Friedrichsfelde als „Friedhof der Spione“ ausgemacht. Und in der Tat: Von den Mitstreitern des „Meisterespions“ Richard Sorge im fernen Asien über Mitglieder der legendären „Roten Kapelle“, von dem „Atomspion“ Klaus Fuchs, dem postum mit dem Silver Star geehrten Toni Ruh bis zum Chef der Auslandsaufklärung der DDR, Marcus Wolf, reicht die Liste der Frauen und Männer, die im Auftrag verschiedener Geheimdienste bzw. an deren Spitze tätig waren und deren Gräber hier zu finden sind.

Der „Friedrichsfelder Friedhofsspaziergang“ am Sonntag, dem 11. Juli, widmet sich diesem speziellen Thema. Der Unkostenbeitrag beträgt 4 Euro (ermäßigt 2 Euro). Treffpunkt ist der Haupteingang des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde in der Gudrunstraße.

Weitere Erleichterungen

Von Peter-Rudolf Zotl

Bezirkliche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wurden in Berlin erst unter Rot-Rot möglich. Dafür aber hat jetzt Berlin bundesweit einmalige Regelungen: die völlige Gleichsetzung von Vertretungs- und direkter Demokratie, weitreichende Entscheidungskompetenzen der BVV und so der Bürger, niedrige Quoren, bürgernahe Verfahren. Nun haben SPD und DIE LINKE weitere Vereinfachungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vorgelegt.

Klarstellungen und Erleichterungen

So sollen jetzt alle Einladungen und Beschlüsse der BVV und der öffentlich tagenden Ausschüsse sowie alle Mitteilungen des Bezirksamtes über die Umsetzung von Beschlüssen rechtzeitig und vollständig der Bevölkerung bekanntgegeben werden. Zudem ist nunmehr die Bürgerfragestunde in jeder BVV-Tagung als fester Tagesordnungspunkt anzubieten.

Einwohner haben die Möglichkeit, die BVV zu zwingen, ein Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Es hat aber bisher nur einen einzigen solchen Einwohnerantrag gegeben, weil dieses relativ wirkungsarme Instrument an ein zu hohes Quorum (1 Prozent der über 16-jährigen Einwohner) gebunden war. Jetzt reichen 1000 Unterschriften.

Neu ist auch, dass nicht mehr eine Mindestbeteiligung über den Erfolg eines Bürgerentscheids bestimmt, sondern ein Zustimmungsquorum von 10 Prozent.

Wenn sowohl eine Trägerinitiative als auch das Bezirksamt jeweils eine eigene Vorlage zur alternativen Abstimmung gestellt und beide das erforderliche Quorum erreicht haben, musste bisher die Bevölkerung gesondert entscheiden, welche der beiden Vorlagen vorgezogen werden sollte. Dieses komplizierte Verfahren haben wir vereinfacht; jetzt „gewinnt“ die Vorlage, auf die die meisten Ja-Stimmen entfallen.

Mehr Verbindlichkeit?

Demokratie funktioniert nur, wenn es feste Regeln gibt. Wenn z. B. das Land, der Bund oder andere beteiligt sind, kann die BVV nicht über deren Handeln und also auch nicht abschließend in der Sache entscheiden. Hier kann die BVV lediglich eine Empfehlung geben, worum sich das Bezirksamt im Ensemble aller Verantwortlichen bemühen möge. Auch

Foto: Fraktion DIE LINKE



wenn Landes-, Bundes- oder Europarecht etwas verbindlich vorschreiben, kann die BVV dies nicht für einen Bezirk außer Kraft setzen. Wo aber Entscheidungen der BVV nicht verbindlich sind, können auch Entscheidungen der Bürger nur Empfehlungen sein.

In solchen Fällen ist oft die Enttäuschung groß. Deshalb haben wir jetzt alle Beteiligten verpflichtet, von Anfang an und auf jedem Unterschriftenzettel über den Verbindlichkeitsgrad des Bürgerentscheids zu informieren. So erfolgt die Beteiligung im vollen Wissen um die Wirkungskraft.

Auch nicht gefolgt sind wir dem Vorschlag, nur Bürgerentscheide zuzulassen, wenn die BVV auch abschließend entscheiden darf, weil das eine Eingrenzung der direkten Demokratie wäre. Und wir haben auch nicht die Idee aufgegriffen, den Bezirksbehörden per Gesetz für alles die Entscheidungsoption zu übergeben, was im Bezirk geschieht. Denn das widerspricht den Realitäten in der Einheitsgemeinde Berlin, wo nicht wenig im Bezirk eine gesamtstädtische Dimension besitzt, und in gesamtstädtischen Angelegenheiten hat eben eine BVV nicht zu entscheiden.

Spenden anzeigen

Leider zeigen die zirka 35 bezirklichen und die etwa 15 gesamtstädtischen direktdemokratischen Aktivitäten auch, dass so manches Plebiszit „gekauft“ worden ist und dass Trägerinitiativen zuweilen die Interessen von Unternehmen oder mächtigen Institutionen vertreten. Das ist nicht verboten, aber die Bevölkerung sollte es wissen. Deshalb haben wir eine Veröffentlichungspflicht für Spenden

Mitglieder der Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus und ihre Senatoren

eingeführt, wenn alle Geld- und Sachspenden aus einer Hand zusammen den Gesamtwert von 5000 Euro überschreiten. Nicht spenden dürfen Fraktionen sowie Unternehmen ab 25-prozentiger Landesbeteiligung.

Wie weiter?

Wir haben die Bezirke um Vorschläge zur Erweiterung der alleinigen bezirklichen Zuständigkeiten gebeten, um mehr verbindliche Bürgerentscheide zu ermöglichen. Und wir haben den anderen Fraktionen vorgeschlagen, einen gemeinsamen Gesetzesantrag zu versuchen sowie anzustreben, dass die Erleichterungen und Klarstellungen noch in diesem Jahr in Kraft treten können.

Unsere Sprechstunden

- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 26. August, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 D
- Alle anderen Mitglieder des Abgeordnetenhauses bieten im Juli und August Sprechstunden nach Vereinbarung an:
- **Evrin Baba-Sommer:** ☎ 0172-39 25 870
- **Giyas Sayan:** ☎ 0171-703 01 63
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356

Wir kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Für oben und gegen unten: Das Sparpaket der Bundesregierung

MdB Gesine Lötzsich zu den Folgen des Sparpakets der Bundesregierung

Mit dem Sparpaket der Bundesregierung sollen in den kommenden vier Jahren rund 80 Milliarden Euro Minderausgaben und Mehreinnahmen bewirkt werden. Auf 2010 entfällt eine Summe von 11,2 Milliarden Euro, 2012 sollen es 19,1 Milliarden Euro, 2013 23,7 Milliarden Euro und im Jahr 2014 27,6 Milliarden Euro sein. Trotzdem bleibt für 2014 immer noch eine Finanzierungslücke von 5,6 Milliarden Euro.

Wer schwach ist, wird schwächer

Rund 30 Milliarden Euro sollen über Kürzungen im sozialen Bereich eingesammelt werden. Und das hat fatale Langzeitfolgen:

- Trotz hoher Dauerarbeitslosigkeit wird ein Großteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik weggekürzt. Vom einstigen Förder-Anspruch bleibt nichts mehr übrig. Und mit der Rückstufung bisheriger Ansprüche in Ermessensleistungen wird der Verteilungswillkür Vorschub geleistet.
- Die Abschaffung von befristeten Zuschlägen verschärft die Gefahr des sozialen Abstiegs bei langjährig Beschäftigten.
- Die Rentenkürzungen bringen noch mehr Altersarmut. Und die Belastung der Kommunen, die für die dann fällige Grundversicherung aufkommen müssen, steigt exorbitant.

- Die Abschaffung des Elterngelds für die ALG-II-Empfangenden ist für die Betroffenen sehr hart und nimmt ihnen den letzten Rest von Anerkennung ihrer Erziehungsarbeit.
- Das Wegfallen des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld ist wegen der hohen Energiepreise eine weitere finanzielle Belastung.
- Alle Maßnahmen senken Einkommen und damit die Konsumnachfrage.

Bildung und Forschung

... sollen vorerst nicht angetastet werden. Allerdings entfallen von den dafür geplanten Mehrausgaben auf Bildung nur 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, was den Bedarf bei weitem nicht deckt. Außerdem müssen die Länder, die den Hauptteil der Bildungsausgaben aufbringen, wegen der verfehlten Steuerpolitik eigene Sparpakete auflegen und dabei fast unweigerlich bei der Bildung zulangen. Das frisst die 1,5 Milliarden Euro schnell auf.

Doch auf der Sonnenseite ...

sieht es nicht so finster aus. Die Beteiligung der Wirtschaft am Sparpaket ist höchst übersichtlich. Sie soll zwar für etwa die Hälfte des Sparpakets aufkommen, aber es ist völlig unklar, ob und wie das jemals geschieht. Ziem-

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsich** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:** Im Juli und August bietet Gesine Lötzsich Termine nach Vereinbarung an.

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

lich klar ist hingegen, dass die Wirtschaft ihren angeblichen Sparbeitrag über Preiserhöhungen auf die Bevölkerung abwälzen wird.

Die Brennelementesteuer, die am meisten bringen soll, wird von der Bundesregierung an die abenteuerliche Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken geknüpft. Sie stellt außerdem keine Belastung der Unternehmen dar, sondern eine teilweise Abschöpfung von zusätzlichen Gewinnen der Atomwirtschaft, die durch den Emissionshandel und die Laufzeitverlängerung erst ermöglicht werden.

Andere Beiträge, die die Wirtschaft angeblich leistet (Luftverkehrsabgabe, Bahndividende), werden im Ergebnis die Verbraucher belasten, weil die Unternehmen die Kosten umlegen werden.

Placebo-Politik

Die geplante Bankenabgabe ist kein Beitrag zur Finanzierung der Krisenkosten, sondern soll die Banken bei der nächsten Finanzkrise retten. Außerdem fällt sie sehr bescheiden aus. Andere Maßnahmen zur angemessenen Haftung der Finanzmarktbranche sollen auf internationaler und europäischer Ebene vorgebracht werden, was angesichts der erwartbaren Widerstände auf dieser Ebene als reines Placebo gelten muss.

Von Maßnahmen zur Umverteilung von oben nach unten durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes, durch eine gerechtere Erbschaftssteuer sowie durch eine Vermögenssteuer findet sich in dem Paket keine Spur. Diejenigen, die an den Finanzspekulationen besonders gut verdient haben, bleiben also außen vor.

Das Sparpaket der Bundesregierung war auch Thema vieler Diskussionen und Reden beim Sommerfest der LINKEN. Gesine Lötzsich mit Christian Petermann, Michael Räßler-Wolff, Klaus Ernst und dem Vereinsvorsitzenden von Lichtenberg 47, Frank Hammel (v. l. n. r.).



Foto: Jörg Rückmann



Fiesta de Solidaridad

Jedes Jahr im Juli verwandelt sich die Lichtenberger Parkaue für einen Tag in ein kleines Kuba – die AG Cuba Sí feiert ihre traditionelle „Fiesta de Solidaridad“.

Auch diesmal werden interessante Gäste von der Insel erwartet: So wird der Leiter des Cuba-Sí-Milchprojektes in Pinar del Río, José Trujillo, über die neuesten Ergebnisse des Projektes informieren, und Kiko, der Frontmann der Rockgruppe Tendencia, berichtet über die Fortschritte eines von Cuba Sí unterstützten Kulturprojektes. Thema der großen Podiumsdiskussion werden die im Ausland lebenden Kubaner sein. Außerdem wird Cuba Sí den aktuellen Stand der Spendenaktion „Ein Bulldozer für Kuba“ bekanntgeben.

Wie in jedem Jahr gibt es auch wieder eine Menge Angebote für Kinder, viel kubanisches Essen und leckere Mojitos. Bei der Solidari-

tätstombola kann man mit etwas Glück ein Flugticket nach Havanna gewinnen.

Dazu gibt es traditionelle kubanische Musik (Son Batey), Tango (Renée la Cantartriz) und Flamenco (Zambra) – und natürlich wird Tendencia die Parkaue beben lassen. Das Konzert von The Love Bülow wird die Fiesta beschließen – für Nimmermüde gibt es aber noch eine After-Show-Party in der „Linse“.

- **Fiesta de Solidaridad,**
Sonnabend, 24. Juli, ab 14 Uhr,
Parkaue Lichtenberg



Buchtipps



Der Mensch als Ware

Wir leben in einer Gesellschaft, die den „Wert“ des einzelnen Menschen immer weniger nach ethischen Kriterien bemisst und immer mehr monetäre Erwägungen zur Richtschnur auch politischer Entscheidungen macht. „Weil du arm bist, musst du früher sterben“ gilt längst nicht mehr nur für die „Dritte Welt“. Auch bei uns, in der reichen Bundesrepublik (oder sagt man besser: in der Bundesrepublik der Reichen?) steuert die Politik auf eine solche Entwicklung hin. Die „Argumente“ dafür – explodierende Gesundheitskosten, immer mehr Alte und Pflegebedürftige – sind bekannt.

Die Rezepte dagegen auch: Kosten deckeln oder dämpfen, medizinische Leistungen „budgetieren“, pauschalieren und sogar einschränken. Der Jung-CDU-Politiker Mißfelder hält z. B. eine künstliche Hüfte für über 80-jährige für überflüssig. Die Kosten dafür „rechnen“ sich nicht.

Der Journalist Jörn Klare geht der Frage nach: „Was bin ich wert?“ Erstaunlich ist, auf welche vielfältige Weise eine Antwort auf diese Frage gesucht werden kann. Er stieß bei seinen Nachforschungen sogar auf eine „Rentabilitätsberechnung“ der SS für Häftlinge des KZ Buchenwald. Makaber.

Das Buch ist kurzweilig und verständlich geschrieben. Klare hält dieser neoliberal ausgerichteten Gesellschaft den Spiegel vors Gesicht. Eine Lektüre, die zum Thema „Gesundheitspolitik“ passt. *Martin Walter*

- Jörn Klare: „**Was bin ich wert? Eine Preisermittlung**“; Suhrkamp Verlag 2010, 368 Seiten, 14,90 €; ISBN: 978-3-518-46168-6

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 6/10: 28.6.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 2.9.2010

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.8.2010

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 4.7., 10 – 18 Uhr**
Familienfest „55 Jahre Tierpark Berlin“;
Friedrichsfelde, Am Tierpark 125
- **Mittwoch, 7.7. – 20.8., täglich 9.30 Uhr (außer Sonnabend und Sonntag)**
„Lenchen trifft die Zauberfee“; diese und andere Geschichten sind zu erleben in der Anton-Saefkow-Bibliothek, Anmeldung unter Telefon 902 96 37 90
- **Mittwoch, 7.7. – 20.8., täglich 10 Uhr (außer Sonnabend und Sonntag)**
„Tierschiff unterwegs – Tiernächte aus aller Welt“; in den Ferien in der Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9, Anmeldung unter Telefon 512 21 02
- **Mittwoch, 7.7. – 20.8., täglich 10 Uhr, (außer Sonnabend und Sonntag)**
„Geheimnisse einer Flaschenpost von einer fernen Insel“; Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, Anmeldung unter Telefon 555 67 19
- **Mittwoch, 14.7., 18 Uhr (bis 15.9.)**
Eröffnung des Kunstprojektes „Solidarität Sansibar – Japan – Deutschland. Drei Länder, drei Kulturen, drei Kontinente – eine Zusammenarbeit“, Fotoausstellung von Sabine Meise, Jonas Hult und El-Branden Brazil. Die Ausstellung erstreckt sich über drei Orte in Friedrichsfelde-Süd: die Bodo-Uhse-Bibliothek, die KULTSchule und den Verein Miteinander Wohnen; Finissage am 15.9., 18 Uhr in der Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Donnerstag, 15.7.**
Ausstellung von Siegfried Krepp, Malerei und Plastik; Vernissage am Vorabend, 19 Uhr; Galerie 100; Konrad-Wolf-Straße 99, (noch bis Mittwoch, den 18.8.)
- **Freitag, 16.7., 9 – 18 Uhr**
Eröffnungskonzert der 9. Deutsch-Chinesischen Jugendtage 2010; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt frei
- **Montag, 2.8., 19 Uhr**
„Schürt das Feuer“, Dagmar Frederic liest und erzählt aus ihren Erinnerungen; Anton-Saefkow-Bibliothek, Eintritt 4 €, mit Bibliotheksausweis 3 €
- **Sonntag, 29.8., 16 Uhr**
Finissage und Podiumsgespräch mit den Künstlerinnen der Ausstellung: „Weitergearbeitet – Denk- und Bewegungsmuster der Hand“, zu Gast: Kati Gausmann, Angelika Frommherz, Juliane Laitzsch, Katrin von Lehmann und Karin Schröder, Moderation: Dr. Marion Thielebein; studio im hochhaus, Zingster Straße 25